

Jörn König, MdB
Sportpolitischer Sprecher
AfD-Bundestagsfraktion



Königsbrief **SPORT**

Das Sportmagazin aus dem Deutschen Bundestag

Ausgabe 10 - Oktober 2024



40 Milliarden Investitionsstau bei Sportstätten!



Auch online verfügbar: www.joernkoenig.de/koenigsbrief-sport



Oktober 2024: Investitionsstau bei der Sportstätteninfrastruktur

In den Sportausschuss-Sitzungen im Oktober ging es gleich zweimal um die Sportinfrastruktur. In der ersten Sitzung ging es umfassend bundesweit um den Investitionsstau von inzwischen 40 Mrd. Euro. Ein Thema, das (obwohl schon lange angemeldet) immer wieder verschoben wurde und um dessen Aufsetzung wir lange kämpfen mussten. Aus Sicht der anderen Fraktionen ist dieses Hinausschieben nachvollziehbar: Die anderen Fraktionen, mit Ausnahme der Linken, wollten sich mit den Versäumnissen der letzten Jahrzehnte, in denen sie alle aktuell oder früher in unterschiedlichen Koalitionen in Regierungs-Verantwortung waren, nicht so gern beschäftigen. In der zweiten Sitzung war -räumlich begrenzt- die Sportinfrastruktur und deren Wiederaufbau in den beiden von Hochwasser-Ereignissen 2021 betroffenen Gebieten in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern das Thema.

31 Milliarden Euro Investitionsstau bei den Sportstätten in Deutschland waren das Ergebnis dieses Verantwortungs-Mikados. Dies schreibt der Deutsche Städtetag in einem Brief vom 17.03.2021 an den Sportausschuss: „...eine gemeinsame Expertise des Deutschen Olympischen Sportbunds, des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (schätzt) den Sanierungsbedarf für alle Sportstätten in Deutschland – kommunale und Vereinssportstätten – auf insgesamt rund 31 Mrd. Euro.“ Dass dieser Betrag inzwischen auf rund 40 Milliarden Euro gestiegen ist, das wurde schon lange in Fachgesprächen mit Experten bestätigt. Inzwischen werden diese 40 Milliarden auch von Regierungsseite als angemessen eingestuft.

Das Thema ist auch nicht neu im Sportausschuss und im Bundestag. Vor fast genau zwei Jahren stand es im Sportausschuss schon einmal auf der Tagesordnung. Passiert ist seitdem wenig, so dass die damals Beteiligten, die kommunalen Spitzenverbände, Deutscher Städtetag, Städte und Gemeindebund, IAKS Deutschland und DOSB Anfang dieses Jahres in einer gemeinsamen Erklärung schrieben: „Bereits vor zwei Jahren haben die Unterzeichner dieser Erklärung erheblichen Bedarf für qualitative und quantitative Verbesserungen der Sport- und Bewegungsräume in Deutschland festgestellt und auch entsprechende Forderungen und Empfehlungen an die politischen Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen formuliert.“

Leider müssen wir heute feststellen, dass sich die Situation durch die vorzeitige Einstellung des Investitionspaktes Sportstätten, den Mangel an Fachkräften, die langsame Digitalisierung und die überbordende Förderbürokratie weiter verschärft hat.

Der Arbeitskreis Sport der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hatte das Thema aber von Anfang an auf seiner Agenda stehen. In einem Antrag (BT-Drucksache 20/6438, Den Beitrag des Sports zum Gemeinwohl anerkennen – Investitionsstau bei der Sportstättenanierung auflösen) fordern wir unter anderem einen Gesetzentwurf zur Gründung eines Experten- und Sachverständigenrates, der alle Aktivitäten zum Thema Sportstätteninfrastruktur koordinieren soll – eine Forderung, die in der Sportausschuss-Sitzung auch Stefan Breiter, Sportbürgermeister in Freiburg, als Sachverständiger genau so formulierte. Der AfD-Antrag ist auch der einzige, welcher den Investitionsbedarf in Höhe von 40 Mrd. Euro angemessen adressiert.

Vor und hinter den Kulissen im Sportausschuss

Die vorhandenen Sportflächen und Sportstätten, einschließlich der Schwimmbäder, müssen in ihrem Gesamtbestand erhalten und geschützt werden. Dazu soll ein Sportstätteninvestitionsplan mit Bundesfördermitteln in Höhe von 40 Milliarden Euro über die nächsten 5 bis 8 Jahre in den Bundeshaushalt eingestellt werden – angelehnt und vergleichbar mit den „Goldenen Plänen“ aus den letzten 30 Jahren des letzten Jahrhunderts, die inzwischen lange ausgelaufen und vergessen sind. Doch seit diesen Investitionen sind bis zu 50 Jahren vergangen. Zuletzt hatte 2019 der damalige Innen- und Sport-Minister Horst Seehofer einen solchen Plan gefordert – ohne sich ein Jahr später noch daran erinnern zu wollen.



Bei der Diskussion um die Sportinfrastruktur in Deutschland benannten die eingeladenen Sachverständigen ein sehr wichtiges Problem, das wir schon lange und immer wieder angesprochen hatten und haben – die fehlende Daten-Basis. Ein Problem, das im Sportausschuss übrigens auch schon im September beim Thema Schulsport bemängelt wurde. Es gibt (bei beiden Themen) in Deutschland einfach keine verlässliche und aussagekräftige Erfassung von Zahlen und Daten, mit denen man arbeiten könnte. Die letzte uns bekannte Erhebung zur Sportinfrastruktur, in der nicht nur die Gesamtzahl der Sportstätten erfasst wurde, stammt aus den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende und liegt wohl nur „analog“, also auf Papier, vor.

Seit 2018 (!) hat das dem Bundes-Innenministerium unterstellte Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) den Auftrag einen Digitalen Sportstätten-Atlas Deutschland (DSD) zu erstellen. Der liegt bis heute nicht vor – nicht einmal ein Gerüst, in dem zunächst einmal alle Sportstätten in Deutschland einzeln erfasst werden, gibt es nach diesen sechs Jahren seit der Auftragserteilung. Alle weiteren Daten - Größe, Zustand, Investitionsbedarf usw. bis hin zu einer (wohl geplanten) digitalen und interaktiven Landkarte, hätten dann, wenn es ein solches „Gerüst“ erst einmal geben würde, nach und nach ergänzt und vervollständigt werden können. Aber es gibt bislang – GAR NICHTS.

Stattdessen, statt den dringend benötigten Sportstättenatlas direkt in Angriff zu nehmen, hat das BISp mit einer Ausschreibung 2019 und Fertigstellung Anfang 2021 erst einmal eine Expertise zu den "Grundlagen für einen Sportstättenatlas - Entwicklung einer Systematik anhand von Parametern zur digitalen bundesweiten Erfassung von Sportstätten" erstellen lassen.

Im Sommer 2021 kam es dann zur Ausschreibung eines Projekts „Schätzverfahren zu Deutschen Sportstätten“. Ob dieses „Schätzverfahren“ jetzt tatsächlich als Ergebnis den Sportstättenatlas liefern soll, konnte bislang noch keiner verbindlich sagen. Projektstart dafür war Januar 2022. Das Projekt sollte eine Laufzeit von maximal 24 Monaten haben. Start 2022 mit maximal 24 Monaten Dauer – macht Fertigstellung spätestens Dezember 2023.

Vor und hinter den Kulissen im Sportausschuss

Wir sind inzwischen fast ein Jahr weiter. In den neuesten, kurzfristig eingeforderten Informationen zu diesem Thema heißt es jetzt, dass „sich der DSD in der Ausbaustufe 2 (befindet), die bis voraussichtlich Anfang 2025 andauern wird“.

Bei der Finanzierung von Erhaltung und Neubau der Sportinfrastruktur wurde auch über das Verhältnis und die Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen diskutiert. Die meisten Sportstätten befinden sich in kommunaler Trägerschaft und immer mehr steigend auch in der von Vereinen. Thema war dabei auch die Frage, ob der Sport von den freiwilligen Leistungen der Kommunen in die Gruppe der Pflichtaufgaben wechseln sollte und z.B. auch, dass Vereine (im Gegensatz zur aktuellen Situation) berechtigt werden sollten, Anträge für Fördermittel in die Infrastruktur stellen zu dürfen.

Während die einen die Zuständigkeit der Kommunen gern als Ausrede benutzen, um sich und den Bund aus der Verantwortung zu nehmen, weisen andere darauf hin, dass durch die Übertragung anderer teurer Aufgaben durch den Bund auf Länder und Kommunen, diese immer weniger finanzielle Luft zum Atmen haben. Insbesondere die Kommunen als Hauptträger von Sportinfrastruktur werden dabei von den Ländern oft allein gelassen, von denen viele die Förderung der Sportinfrastruktur immer mehr vernachlässigt haben. Und auch vom Bund mangelt es an der notwendigen Unterstützung.

Den Beitrag des Sports zum Gemeinwohl anerkennen – Investitionsstau bei der Sportstättenanierung auflösen

Deutscher Bundestag
20. Wahlperiode

Drucksache 20/6438
19.04.2023

Antrag

der Abgeordneten Jörn König, Klaus Stöber, Kay Gottschalk, Stephan Brandner, Barbara Lenk, Edgar Naujok, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD



Den Beitrag des Sports zum Gemeinwohl anerkennen – Investitionsstau bei der Sportstättenanierung auflösen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006438.pdf>

Antragsbeschreibung

Die AfD-Fraktion befürwortet für die Wiederherstellung und Verbesserung der Sportstätteninfrastruktur einen bundesweiten Sportinvestitionsplan mit einem Investitionsvolumen von Bundesfördermitteln in Höhe von 40 Milliarden Euro „Sondervermögen Sportstätten“ für die nächsten 5-8 Jahre in den Bundeshaushalt einzustellen. Länder, Kommunen und Verbände konstatieren schon seit Jahren den großen Substanzverlust und Sanierungsbedarf der Sportstätten. Zudem fordern wir, einen Gesetzentwurf zur Gründung eines Experten- bzw. Sachverständigenrates für den Sport (Freizeit-, Breiten- und Spitzensport) vorzulegen. Das Expertengremium sollte die Bundesregierung in allen Angelegenheiten des Sports beraten und regelmäßig einen Sachstandsbericht über die Situation und Entwicklung des Sports vorlegen. Dies bezieht auch die Realisierung eines bundesweit einheitlichen modernen Sportstättenentwicklungsplans (auf der Grundlage des noch in Erarbeitung befindlichen „digitalen Sportstättenatlas Deutschland“ des Bundesinstituts für Sportwissenschaft) für eine angemessene Fortentwicklung der Sportstätteninfrastruktur mit ein, der auf einer regelmäßigen Bestands-, Sanierungs- und Investitionsplanung aufsetzt.

Parlamentarischer Verlauf:

Eingebracht: 06.07.2024
Behandlung im Ausschuss: 09.10.2024
Ablehnung: BT Drs. 20/13327

Politisches Ergebnis:

Die Ampel verweist auf die Sportstättenförderprogramme auf Bundesebene wie das Programm zur „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ oder auch der „Investitionspakt Sportstätten“. Wichtige Forschungsprojekte seien vergeben oder würden in Kürze zu Ergebnissen führen – verkennend, dass dies längst nicht ausreicht.



Spitzensport

Spitzensport in Deutschland umfassend und angemessen fördern

Die AfD-Bundestagsfraktion spricht sich für eine bessere Finanzierung des Leistungs- und Spitzensports aus. Hier müssen eine deutlich stärkere finanzielle Unterstützung der Sportler, eine bessere Bezahlung und vor allem eine arbeitsrechtliche Absicherung von Trainern, Übungsleitern und Betreuern greifen. Gleiches gilt für den Leistungssport-Nachwuchsbereich in einem angemessenen Umfang.

Zwischen Breiten- und Spitzensport gibt es Rückkoppelungsprozesse. Der Spitzensport und seine Protagonisten haben eine Vorbildwirkung, die durch die Medien verstärkt wird. Diese erzeugt eine Sogwirkung auf den Breiten-, Kinder- und Jugendsport.

Die umfassende und zielgerichtete Förderung des Spitzensports, üblicherweise die Aufgabe des Bundes, dient so auch der Stärkung des Breitensports und ist damit letztlich wiederum ein Beitrag zur Stärkung von Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden unseres Volkes.

Die AfD-Bundestagsfraktion unterstützt grundsätzlich die Neustrukturierung des Leistungssports und der Spitzensportförderung („Leistungssportreform“) des DOSB. Bei der Umsetzung dieser Reform, deren Konzept bereits 2016 beschlossen wurde, hat die Praxis gezeigt, dass Korrekturen am ursprünglichen Konzept unumgänglich sind und vorgenommen werden müssen.

Teile der Leistungssportreform haben sich in der Praxis als untauglich erwiesen, haben zu Fehlentwicklungen geführt, die die Sportverbände mehr behindert als bei deren Entwicklung geholfen haben. Die Ergebnisse des Potentialanalysesystems (PotAS) sind teilweise schwer nachzuvollziehen.

Hervorstechendes Beispiel dafür ist, dass der im PotAS auf dem 26. und damit letzten Platz eingestufte Deutsche Basketball-Bund mit seiner Männer-Nationalmannschaft 2023 Weltmeister wurde, der im PotAS auf Platz eins eingestufte Deutsche Leichtathletik-Verband bei der Weltmeisterschaft 2023 keine einzige Medaille gewonnen hat.

Für die Umsetzung der Leistungssportreform ist vor allem wichtig, dass vom Bund, wie zum Auftakt der Leistungssportreform zugesagt, auch die zur Realisierung der Pläne notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Mehr sportliche Erfolge bei internationalen Wettkämpfen wird es nicht geben, wenn es bei der bisherigen finanziellen Ausstattung des deutschen Spitzensports bleibt oder gar Kürzungen vorgenommen werden.

Wichtige sportwissenschaftliche Einrichtungen wie das Institut für angewandte Trainingswissenschaften (IAT) und das Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES) müssen erhalten und deren Arbeit ausreichend finanziert werden. Um die Größenordnung, um die es geht, deutlich zu machen: Der gesamte deutsche Spitzensport ist im Haushalt des Jahres 2017, als die AfD noch nicht im Bundestag vertreten war, vom Bund mit gerade einmal knapp 170 Millionen Euro gefördert worden – ein im Gesamthaushalt verschwindend geringer Betrag von etwa 0,05 % der Ausgaben. Inzwischen sind sogar die Ablösesummen für einzelne Fußballspieler höher.

Sportpolitische Thesen (Auszug)

Die AfD-Bundestagsfraktion forderte schon im Jahr 2018 bis zum Jahr 2020 eine Verdoppelung der finanziellen Mittel im Bundeshaushalt für den Spitzensport auf 340 Millionen Euro, unter anderem damit die im Konzept der Leistungssportreform aufgeführten Maßnahmen schnell und wirksam umgesetzt werden können. Im Jahr 2020 betrug die Spitzensportförderung immerhin 280 Millionen Euro, was gegenüber 2017, als die AfD in den Bundestag einzog, eine deutliche Erhöhung um 65 % bedeutete. Dieser erfreuliche Aufwuchs ist u. a. dem Wirken der AfD-Bundestagsfraktion zu verdanken.

Nach einem weiteren Anstieg der Sportförderung für notwendige Maßnahmen während der Coronazeit ist die Bundesregierung allerdings dabei, den Haushalt für die Spitzensport-Förderung im dritten Jahr in Folge zu senken und das, selbst in Olympiajahren, unter das Niveau von 2020. Das ist nicht nachvollziehbar und kann nicht akzeptiert werden. Zumal die Sportförderung mit einem Anteil von jetzt etwa 0,06 Prozent am Bundeshaushalt kaum sichtbare



Auswirkungen für Einsparungen im Bundeshaushalt hätte. Dies zeigt, dass der Sport in seiner Bedeutung seitens der Verantwortlichen in der Politik leider regelmäßig hinter anderen Investitionsbereichen rangiert. Der milliardenschwere Investitionsstau ist ein zentraler Engpassfaktor des gesamten Sports, der eine mehrjährige Sanierungsoffensive erfordert. Es bedarf daher eines Paradigmenwechsels in der deutschen Politik, um dem Sport eine angemessene Bedeutung und Wertschätzung und eine haushalts- und finanzpolitische Priorität zu verleihen.

Wir fordern weiterhin, die Förderung kurzfristig und stabil auf 390 Millionen Euro zu erhöhen – unter anderem um endlich die lange überfällige Gehaltserhöhung und darauffolgend eine regelmäßige Gehaltsanpassung für das Leistungssportpersonal zu realisieren. Langfristig soll die Sportförderung des Bundes auf etwa 1 Milliarde Euro jährlich steigen. Dies entspricht in etwa dem Kulturretat des Bundes, ohne dass der Bund für Kultur eine originäre Zuständigkeit hat.

Damit Deutschland bei Olympischen Spielen wieder dauerhaft einen Platz in der absoluten Spitze der Länder- und Medaillenwertung einnimmt, muss im Rahmen der Leistungssportreform das Stützpunktsystem mit Olympia- und Bundesstützpunkten in der bisherigen Form erhalten bleiben. Die Zahl der Stützpunkte darf nicht wesentlich reduziert werden. Das vom BMI verkündete Ziel, mit der Reform der Leistungssportreform („Feinkonzept“) und der Gründung einer Sportagentur die Zahl der Bundesstützpunkte weiter zu reduzieren, ist genau der falsche Weg.

Im Gegenteil: In einem „reichen“ Land wie Deutschland sollte das Stützpunktsystem eher ausgebaut werden, um eine bessere Flächendeckung zu erreichen. Synergieeffekte sind zu nutzen, um die flächendeckende Betreuung durch die Olympiastützpunkte und – je nach Sportart und deren regionaler Verbreitung – Trainingsmöglichkeiten auf höchstem Niveau an den Bundesstützpunkten weiterhin zu gewährleisten. Weniger Stützpunkte schaffen neue Probleme, deren Lösung voraussichtlich mehr Geld kosten würde, als die bestehenden Stützpunkte zu erhalten.

Sportpolitische Thesen (Auszug)

Auch im Spitzensport, und das ist einer der Kritikpunkte an der Leistungssportreform, muss eine gewisse Breite, Vielfalt und regionale Auswahl vorhanden sein. Die angestrebte Konzentration im Spitzenbereich auf nur eine nationale Trainingsgruppe je Sportart bzw. Disziplin, lehnt die AfD-Bundestagsfraktion ab. Auch die AfD-Landtagsfraktionen haben sich schon im März 2019 dieser Position angeschlossen.

Es sollten in den meisten Sportarten mehrere Standorte vorhanden sein, an denen Sportler mit Weltklasseniveau leben, trainieren und ggf. arbeiten oder studieren können. Alles andere bringt auch Probleme mit der „Dualen Karriere“ mit sich. Die Konzentration auf nur eine nationale Trainingsgruppe je Sportart bzw. Disziplin ist auch deshalb in vielen Sportarten nicht zielführend. Ein gesunder Konkurrenzkampf zwischen Trainingsgruppen und Leistungszentren ist zudem auch leistungsfördernd.

Behinderte Leistungssportler im paralympischen Bereich müssen im gleichen Maße gefördert werden, wie nicht behinderte Sportler, die an olympischen Wettkämpfen teilnehmen. Entscheidend für die Förderung ist der Leistungsstand, den diese Sportler in ihrer paralympischen Disziplin erreicht haben. Auch die Verbände der Special-Olympics- und Deaflympics-Sportler sind so zu unterstützen, dass diese ihren Sport betreiben und ihre Wettkämpfe professionell organisieren und bestreiten können.



In jeder Königsbrief Sport-Ausgabe wird eine Seite bzw. Sportpolitische These vorgestellt. Die gesamten Thesen sind verfügbar unter www.joernkoenig.de/sportthesen.



Die Vertreter der AfD – Bundestagsfraktion im Sportausschuss des Deutschen Bundestages



Jörn König, MdB

Sportpolitischer Sprecher
Obmann der AfD im Sportausschuss
DDR-Vizemeister im Schwimmen 1984

**Diplom-Ingenieur und
Master of Business Administration**



Klaus Stöber, MdB

Mitglied im Sportausschuss
des Deutschen Bundestages
Präsident eines Tennis-Vereins

**Diplom-Ökonom und
selbständiger Steuerberater**

Der „Königsbrief Sport“ ein monatlicher Rundbrief, der über die Arbeit der AfD-Sportpolitiker im Deutschen Bundestag informiert. Er ist eine Weiterentwicklung des „Königsbriefes“, der über die parlamentarische Arbeit von Jörn König berichtet und am Ende einer jeden Sitzungswoche erscheint. Die AfD-Sportpolitiker insgesamt sprechen sich dafür aus, den Sport in deutlich höherem Maße als bisher zu fördern. Bund, Länder und Kommunen müssen sicherstellen, dass bundesweit gut ausgestattete Sportstätten für den Schul-, Breiten- und Spitzensport zur Verfügung stehen. Die finanziellen und strukturellen Grundlagen müssen geschaffen werden, damit deutsche Athleten unser Land wieder so erfolgreich bei internationalen Wettkämpfen repräsentieren, wie es dem Selbstverständnis Deutschlands als einer wichtigen Sportnation entspricht.

Wir bedanken uns bei allen Kollegen in der AfD-Bundestagsfraktion und den sportpolitischen Sprechern der AfD-Landtagsfraktionen, die wertvolle Impulse für unsere Arbeit gegeben haben.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Jörn König, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227-78169
joern.koenig@bundestag.de

in Zusammenarbeit mit
Klaus Stöber, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227-74540
klaus.stoeber@bundestag.de

Bildnachweis: AfD-Fraktion Deutscher Bundestag, Adobe Stock;
Inga Haar; Kicker.de/IMAGO insidefoto; PRG; pixabay.de

SOCIAL-MEDIA-KANÄLE



[facebook.com/joernkoenig](https://www.facebook.com/joernkoenig)
[facebook.com/klaus.stoeber](https://www.facebook.com/klaus.stoeber)



[instagram.com/joern.koenig](https://www.instagram.com/joern.koenig)



Reden unter
[https://www.youtube.com/
@AfDFraktionimBundestag/](https://www.youtube.com/@AfDFraktionimBundestag/)